

Abt. Bürgerdienste und Gesundheit  
BüDGes Dez1

23.02.2009  
2715

Bezirksverordnetenvorsteherin o.V.i.A.

Sitzung am : 23.02.2009

über

Lfd. Nr. :

Bezirksbürgermeister o.V.i.A.

Drs. Nr. : 0977/XVIII

nachrichtlich den Fraktionen der  
SPD, CDU, Grünen, FDP, Grauen und Linke.PDS

Dringlichkeit   
schriftlich   
Konsensliste

## **Beantwortung der Großen Anfrage**

Betr.: Bürgerämter

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bezirksamt beantwortet die Große Anfrage der Fraktion der Linken wie folgt:

zu 1)

In einer Presseerklärung der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus, Frau Blum, und der Sozialsenatorin, Frau Dr. Knake-Werner, zur Einführung eines Sozialpasses wurde erstmalig im Februar 2008 eine Ausgabe des Sozialpasses in den Berliner Bürgerämtern erörtert. Aus dem Namen Sozialpass ist inzwischen die weniger stigmatisierende Bezeichnung „Berlinpass“ geworden.

Der Berliner Senat hat daraufhin am 08.03.2008 die Vorlage der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales zur Einführung eines Sozialpasses zustimmend zur Kenntnis

genommen und diese Vorlage an den Rat der Bürgermeister zur Stellungnahme weitergeleitet.

Der Rat der Bürgermeister hat die eingebrachte Senatsvorlage in der Sitzung am 20.03.2008 dann an die Ausschüsse für Gesundheit, Soziales, Gleichstellung und Migration sowie für Inneres zur weiteren Beratung überwiesen, die sich danach mehrfach mit der Einführung des Berlinpasses befasst haben.

Der RdB-Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Gleichstellung und Migration hat daraufhin in seiner Sitzung am 03.04.2008 gefordert, dass die im Haushaltsplan 2009 beim Job-Center veranschlagten Mittel für die Ausgabe der Berlinpässe den Bezirken zur Verfügung gestellt werden.

Der RdB-Innenausschuss hat in seiner ebenfalls am 03.04.2008 stattgefundenen Sitzung die Einführung des Sozialpasses begrüßt; jedoch vorgeschlagen, dass die Ausstellung für Empfänger von ALG II durch die Jobcenter und nur für den weiteren Berechtigtenkreis durch die Bürgerämter erfolgen soll.

In der Sitzung des RdB-Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Gleichstellung und Migration am 08.05.2008 wurde dann beschlossen, dass die Ausstellung des Sozialpasses in einem einheitlichen und bürgerfreundlichen Verfahren erfolgen sollte. Weiterhin wurde der Senat um Prüfung gebeten, unter welchen Voraussetzungen im Einvernehmen mit den Bezirksämtern eine Ausgabe des Sozialpasses durch die Bürgerämter möglich ist. Dieser Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde vom RdB-Plenum am 22.05.2008 ohne weitere Aussprache gefolgt. Der Senat wurde damit vom RdB um entsprechende Prüfung gebeten.

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales hat daraufhin eine neue Vorlage zum Berlinpass eingebracht und diese dahingehend präzisiert, dass die Pässe an alle Berechtigten einheitlich in den Bürgerämtern der Berliner Bezirke ausgegeben

werden. Der Vorschlag des RdB-Innenausschusses blieb damit ohne Berücksichtigung und war bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales nicht durchsetzbar bzw. verhandelbar.

Nach mehrheitlicher Zustimmung der LuV-Leiter Bürgerdienste zum Umsetzungskonzept Berlinpass am 03.11.2008 hat der RdB dann in seiner Sitzung am 18.12.2008 der Senatsvorlage zur Einführung des Berlinpasses und Ausgabe in den Bürgerämtern unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass eine Basiskorrektur für 2009 und eine Ausgleichszusicherung für 2010 und 2011 erfolgen muss, wenn aufgrund der Fallzahlen zum Berlin-Pass ein wesentliches Budgetdefizit zu den zur Verfügung gestellten Finanzmitteln erkennbar wird.

#### Zu 2.:

Nach dem Umsetzungskonzept für die Einführung des Berlinpasses erhält Neukölln Finanzmittel in 2009 in Höhe von 85.526 € als Erstattung von Personal-, Sach- und IT-Kosten, die auch insgesamt zur Finanzierung von Stellen genutzt werden dürfen.

Wie ich bereits vorhin bei der Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion dargelegt habe, hat das Amt für Bürgerdienste schon vorab die Zulassung von Mehrausgaben beantragt und vom Steuerungsdienst genehmigt bekommen. Daraufhin wurden mehrere Stellen für die Bürgerämter ausgeschrieben, die letztlich zur Einstellung von vier Sachbearbeiterinnen geführt haben. Die damit erreichte Personalverstärkung des Bürgeramtes ist jedoch weiterhin unzureichend, zumal lediglich vorher freigewordene Stellen wieder besetzt werden konnten. Zwei Bewerber sind bereits wieder abgesprungen; diese Stellen haben wir jetzt erneut ausgeschrieben. Weiterhin wurden jetzt zusätzlich zwei Beschäftigungspositionen für Sachbearbeiter beim Bürgeramt eingerichtet. Durch ein Interessenbekundungsverfahren im Bezirksamt sollen jetzt kurzfristig weitere geeignete Mitarbeiter für die Bürgerämter gefunden werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf ein grundsätzliches Problem hinweisen. Die Berliner Bürgerämter finden kaum geeignete Bewerber für die Besetzung von Sachbearbeiterpositionen. Dies liegt u. a. daran, dass die ständig hohe Arbeitsbelastung mit schwieriger Klientel und die täglichen Sprechzeiten mit zwei Spätsprechstunden in der Woche potentielle Bewerber abschrecken. Darüber hinaus lässt die bestehende Dienstvereinbarung einen Abbau der Überstunden nur unzureichend zu, da die Sprechstundenzeiten und Kernzeiten als Pflichtanwesenheitszeit gelten.

Auf der Sitzung der Bezirksstadträte für Bürgerdienste bei der Sozialsenatorin Frau Dr. Knake-Werner am 18.02.2009 wurde seitens des Senats von Berlin eingeräumt, dass es eine Reihe an Problemen bei der Belastungssituation in den Bürgerämtern gibt. Es wurde zugesagt, dass bei der Senatsverwaltung für Finanzen eine Genehmigung für Außeneinstellungen in den Bürgerämtern eingeholt wird. Für Juni 2009 ist ein weiteres Treffen vereinbart worden.

### Zu 3.:

Im Neuköllner Bürgeramt werden die anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich entsprechend der erforderlichen Mindestausstattung auf die einzelnen Standorte aufgeteilt. Weiterhin werden die vorhandenen Teilzeitkräfte überwiegend nur an den hochfrequentierten Sprechtagen montags, dienstags und donnerstags eingesetzt.

Aufgrund des jetzt zum Monatswechsel zu erwartenden starken Publikumsandranges wurde auch eine vorübergehende Personalverstärkung aus anderen Bereichen der Abt. Bürgerdienste und Gesundheit veranlasst. Ab morgen werden Mitarbeiter der Einbürgerung, des Standesamtes, der Allgemeinen Verwaltung und des LuV Gesundheit vorübergehend in den Bürgerämtern eingesetzt, um den starken Ansturm wegen auslaufender Bewilligungsfristen aufzufangen.

Der Dienstbetrieb im Bürgeramt konnte mit der Einführung des Berlinpasses und aufgrund der saisonal eingehenden vielen Änderungsanträgen von Lohnsteuerkarten nur dadurch ermöglicht werden, dass wie in fast allen anderen Bezirken auch die Wartenummernautomaten vorzeitig geschlossen wurden. Inzwischen hat sich der starke Besucherandrang wieder normalisiert. Ungeachtet dieser Entwicklung wurde die technische Voraussetzung geschaffen, dass im Rathaus Neukölln künftig wieder zwei getrennte Wartenummernvergabe und –aufrufe möglich sind.

Hierzu einige Daten:

- Im Januar 2009 wurden im Bürgeramt 3.661 Berlin-Pässe ausgestellt. Im Februar 2009 hat der Andrang etwas nachgelassen.
- Das Bürgeramt wurde im Januar 2009 von 22.216 Besuchern aufgesucht. Im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres waren es nur 18.905 Besucher.
- Im Januar 2009 waren im Bürgeramt 68 Mitarbeiter eingesetzt, im Februar 2009 reduzierte sich die Anzahl durch Personalabgänge auf 66.
- Im Januar 2009 fehlten im Bürgeramt durchschnittlich 11,05 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter krankheitsbedingt, 1,4 wegen Inanspruchnahme von Zeitausgleichs-, Arbeitszeitverkürzungstage und Tage aus dem Arbeitszeitkonto sowie 2,7 wegen Urlaub.

Zu 4.:

Die Frage, warum hauptsächlich negative Pressemeldungen über das Bürgeramt aus dem Bezirk Neukölln kommen, müssen Sie, sehr geehrte Frau Dr. Stelz, an die Straftäter und die sonst sich ungebührlich verhaltenden Besucher des Bürgeramtes stellen. Es muss endlich zur Kenntnis genommen werden, dass in Neukölln der Bereich zwischen Hermannplatz und Blaschkoallee eine extrem hohe Problemkonzentration wegen Arbeitslosigkeit,

Armutsniveau, mangelnder Bildung und Kriminalität hat und sich diese Region von der allgemeinen Entwicklung Berlins abgekoppelt hat. Aufgrund der hier begangenen schweren Straftaten durch die in Neukölln-Nord wohnenden berüchtigten libanesischen Großfamilien und durch die Konzentration von rd. 150 jugendlichen Intensivtätern der in Berlin ansässigen 500 jungen Kriminellen wird Neukölln in den Medien als Ort der Gewalt beschrieben. Die aktuelle Studie der Humboldt-Universität stuft Neukölln auch ungeschminkt als sozialen Brennpunkt ein.

Trotzdem aber darf der Bezirk Neukölln und da stimme ich mit Ihnen, Frau Dr. Stelz, überein, nicht kaputtgeredet werden. Auch, wenn es gegenwärtig in den Schulen und im Bürgeramtsstandort Rathaus Neukölln nicht ohne Wachschutz geht, gibt es positive Entwicklungen in Neukölln. Es steht aber nicht im Ermessen der bezirklichen Organe, ob diese von den Medien publik gemacht werden.

Vogelsang  
Bezirksstadträtin

Es gilt das gesprochene Wort!